Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**36. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Juni 1962**

**37. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 28. Juni 1962**

**38. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 29. Juni 1962**

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Ollenhauer**

Welche Bemühung wird die Bundesregierung unternehmen, um den vom Bundestag gewünschten Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften als wichtigsten und vordringlichsten Schritt auf dem Wege zum europäischen Zusammenschluß herbeizuführen?

I. 2. Abgeordneter **Erler**

Ist die Assoziierung der europäischen Neutralen (Schweden, Schweiz, Österreich) mit der EWG nach Meinung der Bundesregierung nicht nur unbedenklich, sondern den Zwecken der EWG und der europäischen Zusammenarbeit sehr dienlich?

I. 3. Abgeordneter **Dr. Schmid (Frankfurt)**

Ist sich die Bundesregierung der Gefahren bewußt, die der europäischen Einigungspolitik von einer besonders intensiven einseitigen Zusammenarbeit der drei großen Mitglieder der Gemeinschaft drohen könnten?

I. 4. Abgeordneter **Dr. Deist**

Vermag sich die Bundesregierung der Stellungnahme des 4. Internationalen Kongresses der Europäischen Bewegung in München vom 6. Juni 1962 anzuschließen, in der es u.a. heißt: der Vertrag über die politische Einigung Europas „muß in einer oder mehreren Etappen neue Kompetenzen auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik dem Rat der bestehenden Gemeinschaften zuteilen, der auf der Ebene der Staats- oder Regierungschefs oder auch der Minister zusammentritt und auf Vorschlag der schließlich zusammengeschlossenen Exekutiven seine Entscheidungen zunächst mit Einstimmigkeit und später mit qualifizierter Mehrheit trifft. Diese Exekutive, die unabhängig von den Staaten ist und das allgemeine europäische Interesse vertritt, wacht über die Durchführung der Entscheidungen. In der Ausübung dieser neuen Kompetenzen müssen der Rat und die Exekutive der Kontrolle des Parlaments und des Gerichtshofes unterstellt sein"?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

I. 5. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Hält die Bundesregierung den Auftrag der Artikel 138 (EWG-Vertrag), Artikel 108 (Euratom-Vertrag) und des revidierten Artikels 21 (Montanunion-Vertrag) über die Ausarbeitung eines Entwurfs für allgemeine unmittelbare Wahlen des Europaparlaments für eine auch die Ministerräte der drei Gemeinschaften bindende Verpflichtung?

I. 6. Abgeordneter **Mattick**

Wird sich die Bundesregierung der Aufnahme von bestimmten Ländern als Vollmitglieder der EWG widersetzen, wenn und solange deren innere politische Struktur nicht den Erfordernissen der Menschenrechtskonvention des Europarates vom 4. November 1950 entspricht?

I. 7. Abgeordneter **Metzger**

Was ist die Bundesregierung zu tun bereit, um über die Stärkung der Position des Europaparlaments eine demokratisch-parlamentarische Entwicklung Europas zu fördern?

I. 8. Abgeordneter **Wehner**

Meinte der Herr Bundeskanzler mit seiner Bemerkung über die Gefahr des Platzens der EWG vor der Presse in Berlin, daß dies durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens, Irlands oder die Assoziierung der europäischen neutralen Staaten gegeben sei?

I. 9. Abgeordneter **Birkelbach**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die politische Einigung Europas durch die Einrichtung periodischer Konferenzen von Regierungschefs oder vielmehr durch die Schaffung von handlungsfähigen europäischen Organen erreicht werden muß, die einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterliegen?

I. 10. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Hält die Bundesregierung die begrenzte, aber echte Übertragung von Souveränitätsrechten an europäische Organe, die auch Mehrheitsbeschlüsse fassen können, für eine „Chimäre" oder für den allein möglichen Weg, um die in den Verträgen von Paris und Rom gesteckten wirtschaftlichen und politischen Ziele zu erreichen?

I. 11. Abgeordneter **Blachstein**

Hat die Bundesregierung auf den Kongress der Europäischen Bewegung in München eingewirkt, um die Sprecher des demokratischen Spaniens nicht zu Wort kommen zu lassen?

I. 12. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft es zu, daß prominente Bürger der Republik Ceylon konsequent alle Einladungen in die Bundesrepublik ablehnen bzw. daß das Außenministerium der Republik Ceylon die notwendigen Empfehlungen gegenüber dem Auswärtigen Amt verweigert?

I. 13. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Treffen Pressemeldungen zu, daß das von deutschen Firmen in Ägypten errichtete Stahlwerk Heluan stillgelegt worden ist?

I. 14. Abgeordneter **Spies**

Was ist von deutscher Seite die Ursache, daß der mit Dänemark paraphierte Vertrag über die Kriegsgräberfürsorge nicht ratifiziert wird?

I. 15. Abgeordneter **Spies**

Was unternimmt die Bundesregierung, um den vertraglosen Zustand in der Kriegsgräberfürsorge mit Frankreich alsbald zu beseitigen?

I. 16. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Hat die Bundesregierung sich entsprechend der Empfehlung Nr. 291 des Europarates dafür eingesetzt, daß aus dem Kulturfonds Stipendien für Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Philosophen und Studenten, besonders aus Polen — und wenn die Umstände es erlauben, auch aus anderen östlichen Ländern — gewährt werden, damit diese in Staaten des Europarates arbeiten und studieren können?

I. 17. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Ist die in der deutschen Presse (vgl. „Welt am Sonntag" vom 6. Mai 1962) geübte abfällige Kritik an den diplomatischen Vertretungen auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere an der Vertretung von Addis Abeba, ganz oder teilweise begründet?

I. 18. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**

Aus welchen Gründen ist der Bau eines neuen Gebäudes für die Botschaft der Bundesrepublik in Wien bisher noch nicht begonnen worden, obwohl der Herr Bundesaußenminister bereits unter dem 23. September 1960 erklärt hatte, daß die Vorarbeiten sich dem Abschluß näherten?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

II. 1. Abgeordneter **Wischnewski**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich in der Bundesrepublik noch Algerier für in Frankreich im Rahmen des algerischen Krieges begangene Taten in Haft befinden, trotzdem ihre Landsleute in Frankreich unter gleichen Voraussetzungen nach dem Vertrag von Evian bereits in Freiheit sind?

II. 2. Abgeordneter **Keller**

Welche Schritte hat das Bundesfamilienministerium eingeleitet, um den Sittlichkeitsverbrechen an Kindern, wie sie in jüngster Zeit wieder aufgetreten sind, zu begegnen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

III. 1. Abgeordneter **Wittrock**

Sieht die Bundesregierung Anlaß zu Konsequenzen aus der Tatsache, daß zur Berechnung des Wohnungsdefizits nach den einschlägigen

Vorschriften von dem Gesamtbestand der vorhandenen Wohnungen auszugehen ist, und zwar einschließlich der von Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte bewohnten Wohnungen, obgleich bei der Zahl der Wohnfamilien diese Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte nicht zu berücksichtigen sind, so daß in Gebieten mit relativ hoher Zahl von Angehörigen dieser Streitkräfte, wie z. B. in Wiesbaden, bei der Berechnung des Wohnungsdefizits ein günstigeres Bild der Wohnraumversorgung entsteht als tatsächlich gerechtfertigt ist?

III. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß für die aus Bundesmitteln mitfinanzierten Wohnungen in Bonn in zunehmendem Maße Mieten erhoben werden, bevor diese sich in vertragsmäßigem Zustand befinden, ohne daß die zuständigen Verwaltungsstellen des Bundes gegenüber den Darlehnsnehmern rechtzeitig eine Kontrolle über die vertragsmäßigen Fertigstellungen der Wohnungen ausüben?

IV. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

IV. 1. Abgeordneter **Diebäcker**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Ausnahmeregelung, nach der der Bundesschatzminister ermächtigt ist, den Erbbauzins für bundeseigene Liegenschaften in Höhe von 5 v. H. bei ehemaligem, Krankenhäusern, Alters- und Siechenheimen dienendem Reichsvermögen auf 3 v.H. zu senken, auch auf mit öffentlichen Mitteln geförderte gemeinnützige Einrichtungen der Jugendpflege (z. B. Sportanlagen der Jugendverbände) auszudehnen?

IV. 2. Abgeordneter **Hammersen**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 1962 auch kommunale Aufgaben zu fördern, wenn deren Vorteile unmittelbar oder mittelbar den nach dem ERP-Wirtschaftsplan zu fördernden Personenkreisen zugute kommen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

V. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wann ist mit der Verkündung der Rechtsverordnungen gemäß § 3 Abs. 2 des Bundespolizeibeamtengesetzes vom 19. Juli 1960 mit den näheren Bestimmungen über die Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes zu rechnen?

V. 2. Abgeordneter **Jahn**

Welche — ggf. gesetzgeberischen — Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um endlich zu der dringend erforderlichen abschließenden Bereinigung des Falles Lautz zu kommen?

V. 3. Abgeordneter **Berkhan**

Ist die Bundesregierung bereit, die Tagegeldsätze für Arbeiter, Angestellte und Beamte bei Auslandsdienstreisen den erhöhten Lebenskosten im Ausland anzugleichen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1. Abgeordneter **Wischnewski**

Welche Vorkommnisse veranlaßten den Herrn Bundesfinanzminister zu der Mitteilung, daß unsere Mittel für die Entwicklungshilfe in Strömen fehlgeleitet worden sind?

VI. 2. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Haben Inhaber von Banknoten, die bereits aus dem Zahlungsverkehr gezogen sind, auch noch nach der offiziellen Verfallszeit die Möglichkeit, diese bei der Deutschen Bundesbank einzutauschen, wenn besondere Umstände vorliegen, wie z. B. bei Ostzonenbewohnern?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Hat das Bundesfinanzministerium es gebilligt, daß die Ämter für Verteidigungslasten sich geweigert haben, den Eigentümern der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Häuser einen Zuschlag von 33 1/3 v. H. zur Verfügung zu stellen, der ihnen auf Grund des Ersten Bundesmietengesetzes vom 9. September 1955 zustand?

VI. 4. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, damit Auskunftspersonen (§ 175 AO), die gemäß § 181 AO für Aufwand und Zeitverlust zu entschädigen sind, eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entschädigung erhalten?

VI. 5. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Handelt es sich bei der unlängst in die Presse gelangten Äußerung des Ministerialrats Elsholz im Bundesfinanzministerium, rund 30 v.H. aller Sozialleistungsempfänger seien „Doppel- bzw. Mehrfachrentner" und Gesamtrentenbezüge über 140 v.H. des letzten Arbeitsentgelts, d.h. des Netto- bzw. sogar Brutto-Arbeitsverdienstes der Erwerbstätigen liegende Beträge seien keine Seltenheit, um eine regierungsoffizielle Feststellung, und gedenkt die Bundesregierung diese Ausarbeitung ggf. ihren sozialpolitischen Maßnahmen zugrunde zu legen?

VI. 6. Abgeordneter **Dr. Schäfer**

Wie will die Bundesregierung verantworten, die beantragte Entsperrung von 20 v.H. = 380 Mio DM für den Straßenbau angesichts der Verkehrsnot auf bundesdeutschen Straßen derart hinauszuzögern, daß die Gefahr eines dauernden Rückschlages zum Nachteil der Ausführung des 1. Vierjahresplanes entsteht?

VI. 7. Abgeordneter **Hammersen**

Was gedenkt die Bundesregierung zur Behebung der zahlreichen, von Besatzungsgeschädigten und ihren Verbänden über die Ämter für Verteidigungslasten, die Sonderbauämter

und die Oberfinanzdirektionen erhobenen Beschwerden über die unbefriedigende Abwicklung von Besatzungsschäden zu tun?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII. 1. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Wann kann mit der Vorlage des Entwurfs eines Waffengesetzes gerechnet werden, nachdem die Bundesregierung den Entwurf bereits vor mehr als zwei Jahren angekündigt hat?

VII. 2. Abgeordneter **Wischnewski**

Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß die deutsche Wirtschaft nur mit 1,48 v. H. an Aufträgen des Entwicklungsfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt ist, zu dessen finanziellen Leistungen die Bundesrepublik 34,5 v. H. des Aufkommens beiträgt?

VII. 3. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft es zu, daß Bedenken gegen die Auszahlung des im Haushalt 1962 enthaltenen Zuschusses an die Deutsche Film-Export-Union aufgetaucht sind?

VII. 4. Abgeordneter **Saxowski**

Trifft es zu, daß die einschlägige Industrie Düngemittel im EWG-Raum billiger als in der Bundesrepublik verkauft?

VII. 5. Abgeordneter **Bading**

Wann gedenkt die Bundesregierung eine Rechtsverordnung über die Anforderungen an die Abbaufähigkeit von Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln vorzulegen?

VII. 6. Abgeordneter **Mattick**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um den Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, ein neues Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe im Rahmen der OECD in Berlin zu errichten, in die Tat umzusetzen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII. 1. Abgeordneter **Glüsing (Dithmarschen)**

Trifft es zu, daß in einzelnen Mitgliedsländern der EWG der von der Landwirtschaft verbrauchte Dieselkraftstoff unmittelbar verbilligt an die Landwirte abgegeben wird?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Morgenstern**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Erste Wasserverbandverordnung vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 933) nach Artikel 125 des Grundgesetzes Bundesrecht geworden ist?

VIII. 3. Abgeordneter **Schultz**

Welches Ergebnis haben die Bemühungen der Bundesregierung gehabt, die für deutsche Weinbrennereien diskriminierenden Bestimmungen der französischen Verordnung, die Neuanlagen von Weinbergen in der Charente betreffend, zu beseitigen?

VIII. 4. Abgeordneter **Bading**

Wie beurteilt der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Einbeziehung des Tapiokamehls in die Europäische Getreidemarktordnung und die damit verbundene Behinderung der Einfuhr eines tropischen Erzeugnisses vom Standpunkt der Entwicklungshilfe?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)***)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, daß eine 77jährige Person, die seit einiger Zeit Rente wegen Berufsunfähigkeit erhält, noch durch Vorlage besonderer ärztlicher Zeugnisse nachweisen muß, daß sie nicht nur berufsunfähig, sondern auch erwerbsunfähig ist?

IX. 2. Abgeordneter **Felder**

Welche Erwägungen hindern den Herrn Bundesarbeitsminister, den Gesetzentwurf zur Rechtsanwaltsversicherung, der vom 3. Deutschen Bundestag nicht mehr verabschiedet, aber vor Monaten vom Bundesarbeitsminister dem Kabinett wieder vorgelegt wurde, endlich im Deutschen Bundestag einzubringen?

IX. 3. Abgeordneter **Behrendt**

Kann aus den Ausführungen des Herrn Bundesarbeitsministers im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 30. Mai 1962 der Schluß gezogen werden, daß er bereit ist, sich dafür einzusetzen, daß auch tarifvertraglich vereinbarte Leistungen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer gesetzlich gefördert werden, und daß er bereit ist, den diesbezüglichen Antrag der SPD-Fraktion, der genau ein Jahr zuvor, nämlich am 31. Mai 1961, bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Bundestag eingebracht und damals mit den Stimmen der CDU/CSU-Mehrheit abgelehnt wurde, heute in Gestalt einer Regierungsvorlage zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Bundestag einzubringen?

IX. 4. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, demnächst ein von Fachleuten und der internationalen Arbeitskonferenz seit geraumer Zeit angeregtes allgemeines „Maschinen-Schutzgesetz" mit dem Ziel vorzulegen, die zahlreichen — vornehmlich in Haushaltungen — durch Verwendung von Maschinen ohne überprüfte Schutzeinrichtungen zu verzeichnenden Unfälle tunlichst einzudämmen?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

X. 1. Abgeordneter **Reichmann**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Eltern, deren Söhne (auch einzige Söhne) im Wehrdienst als Soldaten der Bundeswehr tödlich verunglückten, keinerlei Entschädigung oder Unterstützung erhalten, sofern die Soldaten nicht privat in einer Lebensversicherung versichert waren?

X. 2. Abgeordneter **Reichmann**

Hält die Bundesregierung es nicht für notwendig, die Bundeswehrsoldaten rechtzeitig über das Lebensrisiko aufzuklären, damit sie eine private Lebensversicherung abschließen können, solange eine gesetzliche Regelung für tödliche Unfälle nicht vorliegt?

X. 3. Abgeordneter **Wächter**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sie bei der Landbeschaffung für Kasernen und Truppenübungsplätze nur dann Privatbesitz in Anspruch nehmen sollte, wenn Staatsbesitz, auch wenn er aufgeforstet ist bzw. sich zur Aufforstung eignet, nicht zur Verfügung steht?

X. 4. Abgeordneter **Wächter**

Ist die Bundesregierung gewillt, bei der Landbeschaffung für Kasernen und Truppenübungsplätze alle Verhandlungsmöglichkeiten mit den Eigentümern auszuschöpfen, bevor sie zur Enteignung und Besitzeinweisung nach dem Landbeschaffungsgesetz schreitet?

X. 5. Abgeordneter **Wächter**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Landbeschaffung für Kasernen und Truppenübungsplätze den Eigentümern angemessene Entgelte anzubieten, um langwierige und kostspielige Prozesse zu vermeiden?

X. 6. Abgeordneter **Dröscher**

Warum ist es nicht möglich, die schweren Kettenfahrzeuge der Artillerieschule Idar-Oberstein, soweit sie zu regelmäßigen Übungen auf dem Platz Baumholder benötigt werden, auf diesem Truppenübungsplatz zu stationieren, um so die auch ohne Panzerfahrzeuge schon schlechten Verkehrsverhältnisse in der Enge der Innenstadt nach Möglichkeit zu verbessern?

X. 7. Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**

Besteht seitens des Bundesverteidigungsministeriums die Möglichkeit, die in den letzten Wochen über dem dichtbesiedelten Gebiet des Siegerlandes bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Belästigungen beim Durchstoßen der Schallmauer durch Militärflugzeuge zu unterbinden?

X. 8. Abgeordneter **Merten**

Nach welchen Gesichtspunkten erfolgt die Auswahl der Namen für die Kasernen, in denen Einheiten der Bundeswehr untergebracht werden?

X. 9. Abgeordneter **Keller**

Ist dem Herrn Bundesverteidigungsminister bekannt, daß der NATO-Schießplatz Bergen-Hohne trotz vieler Verbotsschilder und Sperren an mehreren Stellen unbehindert betreten und mit Kraftwagen befahren werden kann — auch wenn Schießübungen sind — und Angehörige der bei den Alliierten akkreditierten russischen Militärmission diese Möglichkeit mehrfach ausgenutzt haben?

X. 10. Abgeordneter **Schultz**

Welche Maßnahmen sind durch das Bundesverteidigungsministerium ergriffen worden, um im Standort Lager Lechfeld ausreichend Gelegenheit zur sportlichen Betätigung zu schaffen?

X. 11. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Möglichkeit hat die Bundesregierung, die Identität jener Düsenflugzeuge festzustellen, die in zunehmenden Maße die zivile Bevölkerung im Nahe-Raum beim Durchbrechen der Schallmauer erschrecken und belästigen?

X. 12. Abgeordneter **Wittrock**

Welche Konsequenzen sind daraus gezogen worden, daß in der Zeit vom 6. bis 13. Juni 1962 allein über dem Stadtgebiet von Wiesbaden in 10 Fällen die Vorschriften über das Überfliegen dichtbesiedelter Gebiete verletzt worden sind (Schallmauerdurchbrüche, Tiefflüge), obgleich der Herr Bundesverteidigungsminister in der Fragestunde vom 16. Mai 1962 erklärt hat, die Verletzung dieser Bestimmungen sei „fast genauso schlimm, wie es Grenzverletzungen sind"?

X. 13. Abgeordneter **Stooß**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die großen Schäden, die von in Crailsheim stationierten US-Panzereinheiten an Straßen und Wirtschaftswegen und landwirtschaftlichen Grundstücken in der Gemeinde Onolsheim Kreis Crailsheim verursacht werden, in Zukunft abzustellen?

X. 14. Abgeordneter **Dr. Schäfer**

Wie hoch werden die Entwicklungskosten des Starfighter 104 g werden, um ihn bis zur Truppenreife zu entwickeln?

X. 15. Abgeordneter **Dr. Schäfer**

Ist es richtig, daß beim Lizenznachbau des Starfighter keine festen Preise, sondern Kostennachweis vereinbart wurde, wobei die Firmen weitere eigene Entwicklungskosten, die nicht unmittelbar mit dem Bauauftrag im Zusammenhang stehen, verrechnen können?

X. 16. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Welche zusätzlichen Ausgaben entstehen im Verteidigungshaushalt durch die vom Herrn Bundesverteidigungsminister vorgeschlagenen Änderungen der Uniformen der Bundeswehr?

X. 17. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist der Herr Bundesverteidigungsminister bereit, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß im Hinblick auf die Haushaltslage des Bundes

überall dort Einsparungen im Verteidigungshaushalt vorgenommen werden, die nicht unmittelbar die Kampfkraft der Bundeswehr nachteilig beeinflussen?

X. 18. Abgeordneter **Peiter**

Hält die Bundesregierung die Berechnungsgrundlage des Unterhaltssicherungsgesetzes, nach der bei der Gewährung von Leistungen an Wehrpflichtige das Nettoeinkommen der letzten 12 Monate vor der Einberufung zugrunde gelegt wird, für gerecht, oder beabsichtigt sie, nunmehr eine für die Wehrpflichtigen günstigere Regelung zu treffen?

X. 19. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Wie viele Menschenleben und wieviel Flugzeuge gingen seit Wiedererstehen der Luftwaffe innerhalb der deutschen Bundeswehr durch Absturz verloren?

X. 20. Abgeordneter **Merten**

Trifft es zu, daß die am 19. Juni 1962 verunglückten 4 Starfighter-Maschinen der Luftwaffe am Tage darauf im Programm der feierlichen Indienststellung des Jagdbombergeschwaders 31 „Boelcke" einen Kunstflug vorführen sollten?

X. 21. Abgeordneter **Merten**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Inspekteur der Luftwaffe, General Kammhuber, dem „Wehr-Pressedienst" — veröffentlicht am 15. Juni 1962 — die Auskunft gegeben hat, daß zur Zeit der Kunstflug reiner Luxus sei. Das Kunstflug-Quintett von Fürstenfeldbruck sei nur ein Übergang gewesen. Dort hätten fünf junge Offiziere, gewissermaßen nach Dienstschluß, gefährliche und kühne Formationen einstudiert. Der Kunstflug stehe an letzter Stelle im Dienstplan vieler Geschwader. Wenn sich dennoch einige flugbegeisterte Besatzungen zusammenfänden, um sich als Kunstflugmannschaften zu versuchen, so geschehe es auf freiwilliger Basis, und der tägliche Dienstplan werde nicht gestört. So sei es auch bei dem Starfighter-Team, das sich am 20. Juni 1962 in Nörvenich vorstellen sollte?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Ertl**

Welche Planungen bestehen im Zuge des Ausbaus der Verbindungsstraße zum Achensee (Tirol), um die gefährlichen Ortsdurchfahrten am Tegernsee zu beseitigen?

XI. 2. Abgeordneter **Börner**

Ist die Bundesregierung bereit, bei einer Überarbeitung der Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung die positiven Erfahrungen zu berücksichtigen, die viele Städte mit der Einführung der „Parkkontrollscheibe" gemacht haben?

XI. 3. Abgeordneter **Bading**

Billigt es der Herr Bundesverkehrsminister, daß die Deutsche Eisenbahnreklame-Gesellschaft neuerdings an den Seiten der Wagen der Hamburger Vorortbahn großflächige Reklamen, insbesondere zur Steigerung des Konsums von Schnaps, angebracht hat?

XI. 4. Abgeordneter **Dröscher**

Warum werden auf neuen, ausreichend breiten Teilstrecken von Bundesstraßen nur zwei Fahrbahnen und nicht zusätzlich eine mittlere Überholfahrbahn abgezeichnet?

XI. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Ist die Bundesregierung bereit dafür zu sorgen, daß im Winterfahrplan der E 529 wieder um 12.25 Uhr in Holzminden abfährt, damit die Schüler des Gymnasiums, deren Eltern ihren Wohnsitz in der Umgebung haben, diesen Zug noch zur Heimfahrt benutzen können und nicht über eine Stunde warten müssen?

XI. 6. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die gesundheitsgefährdende Verschmutzung der Luft durch die Abgase von Kraftwagen einzudämmen, etwa durch die Vorschrift des Einbaues von Nachbrenngeräten?

XI. 7. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Hält die Bundesregierung ein Parkverbot auch durch Parkscheiben für zulässig?

XI. 8. Abgeordneter **Hammersen**

Teilt die Bundesregierung die von dem Bundesverkehrsminister in der Fragestunde der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Juni 1962 geäußerte Ansicht, daß der Einsatz von Hubschraubern bei der ärztlichen Versorgung von Verkehrsunfall-Verletzten praktisch nicht in Betracht kommt?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist die Antwort des Staatssekretärs im Bundespostministerium, Herrn Dr. Steinmetz, in der Fragestunde vom 22. März 1962, daß nunmehr „im Einverständnis mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Sondermarke 'Brot für die Welt' im November 1962 erscheinen" werde, damit zu vereinbaren, daß die bereits gedruckten Sondermarken im Mai 1962 eingestampft wurden?

XII. 2. Abgeordneter **Kuntscher**

Ist dem Herrn Bundespostminister bekannt, daß sich seit längerer Zeit die örtliche Presse und die Bevölkerung von Buxtehude den Kopf zerbrechen, was wohl das Emblem oder Kunstwerk am neuen Postgebäude in Buxtehude vorstellen soll?

XII. 3. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Wieviel mit Postmitteln erbaute Junggesellenwohnungen und sonstige Wohnungen sind an Personen vergeben worden, die nicht unter die Fürsorgebestimmungen der Deutschen Bundespost fallen, obgleich nach Ansicht des Bundespostministeriums ständig ein Bedarf bei Postbediensteten vorliegt?

XII. 4. Abgeordneter **Folger**

Billigt die Bundesregierung das Verhalten der Oberpostdirektion München, die einen tödlichen Unfall eines Bediensteten bei einem Betriebsausflug des Baubezirkes 4 beim Fernmelde-Bauamt München nicht als Betriebsunfall anerkennt und der dadurch in Not geratenen Witwe in pietätloser Weise den Restlohn vorenthalten hat wegen einer Restschuld von 165 DM aus einem zinslosen Vorschuß anläßlich der Verehelichung?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer *)**

Wann wird den Mitgliedern des Bundestages die in der Fragestunde vom 22. März 1962 durch den Bundesgesundheitsminister bis Ende Mai zugesagte Übersetzung des Berichtes des Königlich-Medizinischen Instituts Großbritanniens über den Zusammenhang zwischen Tabakkonsum und Lungenkrebs zugeleitet?

XIII. 2. Abgeordneter **Kaffka**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundesrepublik zwei Drittel der Epileptiker nicht erfaßt oder unzureichend behandelt werden, obgleich die heutige Medizin imstande ist, durch neue diagnostische Methoden das Leiden so früh zu erkennen, daß die Heilung des Kranken möglich ist?

XIII. 3. Abgeordneter **Kaffka**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um Laienkreise aufzuklären und Ärzte fortzubilden, daß alle Kinder mit Krampfanfällen vom ersten Auftreten ihrer Krankheit an einer speziellen Untersuchung zugeführt werden können?

XIII. 4. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)*)**

Ist es zutreffend, daß wichtige Medikamente wie Penicillin und B1-Vitamin in der Bundesrepublik Deutschland das Vielfache des Preises in anderen europäischen Ländern kosten?

XIII. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)*)**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Regelung zu suchen, die aus gesundheitspolitischen Gründen die Einfuhrabgaben auf wichtige Medikamente wie Penicillin und B1-Vitamin senkt, wie dies bei therapeutischen Substanzen menschlichen Ursprungs auf Grund eines europäischen Abkommens der Fall ist?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIII. 6. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Empfehlungen des Bundesgesundheitsrates zur Frage der Strahlenbelastung der Bevölkerung zu entsprechen (Verbot der Röntgendurchleuchtung in Schuhgeschäften, Bauartprüfung für Fernseh-Projektionsgeräte, Beschränkung radioaktiver Leuchtfarben für Armband- und Taschenuhren auf weiche Betastrahler, Kontrolle der Strahlenbelastung des fliegenden Personals, Beschränkung der Verwendung ionisierender Strahlung am Menschen auf Ärzte und Zahnärzte)?

XIII. 7. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Empfehlung des Bundesgesundheitsrates zu entsprechen zum Schutz der Kinder gegen Gifte, die im Haushalt verwendet werden?

XIII. 8. Abgeordneter **Felder**

Welche Möglichkeiten sieht das Bundesgesundheitsministerium, um die Ausbildungskapazität für medizinisch-technische Assistentinnen zu steigern, angesichts der Tatsache, daß der Bedarf an diesen Assistentinnen gegenwärtig das Dreifache der Ausbildungskapazität übersteigt und mehrjährige Wartezeiten an Ausbildungsstätten allmählich zur Regel werden?

XIII. 9. Abgeordneter **Felder**

Hat das Bundesgesundheitsministerium schon Erfahrungsberichte über ein neues Röntgengerät vorliegen, das mit einem Bildverstärker und einer Fernsehkamera gekoppelt sein und dem Arzt gestatten soll, das Röntgenbild in nicht verdunkelten Räumen vor Studenten zu erläutern?

Bonn, den 22. Juni 1962